Regieren in der Informationsgesellschaft

Die eGovernment-Strategie des Bundes

Anhang 3:
eDemocracy

Stand: April 2003

Informatikstrategieorgan Bund ISB
Unité de stratégie informatique de la Confédération USIC
Organo strategia informatica della Confederazione OSIC
Organ da strategia informatica da la confederaziun OSIC

Friedheimweg 14, 3003 Bern
Tel. +41 (0)31 322 45 38
Fax +41 (0)31 322 45 66
www.isb.admin.ch

Begriff und Zweck

Unter eDemocracy versteht man den Einsatz von elektronischen Systemen, welche es dem Souverän erlauben, an der politischen Meinungsbildung und Entscheidung teilzunehmen. Mittels IKT soll ein wichtiger Beitrag zur Förderung der demokratischen Grundwerte geleistet werden: Stimulation des politischen Interesses, Bereicherung der politischen Diskussion, Stärkung des politischen Bewusstseins in der Bevölkerung und Erleichterung der demokratischen Mitwirkung. Exemplarisch steht dafür das Projekt eVoting, das zur Zeit in drei Kantonen auf seine praktische Realisierbarkeit getestet wird. In der ersten Phase prüft das Projekt die Möglichkeiten der elektronische Stimm- und Wahlverfahren. In der zweiten Projektphase wird die Ausübung der anderen politischen Rechte wie die Unterzeichnung von Initiativen und Referenden oder das Vorschlagen von Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat angestrebt. Schliesslich sollen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ihre politischen Rechte elektronisch ausüben können, sondern auch die Möglichkeit haben, sich politische Informationen zu beschaffen und am politischen Dialog teilzunehmen.
Die Realisierung von eVoting ist technisch und rechtlich anspruchsvoll, weil sie z.B. die Einführung der elektronischen Signatur bedingt. Die Evaluation der ersten Phase (bis 2004) im Sinne eines Test wird zeigen, ob eDemocracy als strategische Stossrichtung deklariert werden kann.

Friedheimweg 14, 3003 Bern
Tel. +41 (0)31 322 45 38
Fax +41 (0)31 322 45 66
www.isb.admin.ch

vote électronique

Um was geht's?	Elektronische Demokratie
Zielsetzung:	▪ Die Bürgerinnen und Bürger sollen ihren politischen Willen nicht nur durch den Gang an die Urne oder durch die briefliche Stimmabgabe ausdrücken können, sondern zusätzlich auf eine dritte Art. ▪ Die Ausübung der anderen politischen Rechte wie die Unterzeichnung von Initiativen und Referenden oder das Vorschlagen von Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat ist Gegenstand einer zweiten Phase. ▪ Bürgerinnen und Bürger sollen auch die Möglichkeit haben, sich politische Informationen zu beschaffen und am politischen Dialog teilzunehmen.
Nutzen / Wirkung:	▪ Möglichkeiten der verstärkten politischen Partizipation. ▪ Allen Bürgerinnen und Bürgern den gleichen Zugang zu den neuen Schlüsselqualifikationen in einer künftig verstärkt von elektronischen Anwendungen geprägten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verschaffen.
Kosten:	Für den Bereich eVoting ist vom Bund folgende Budgetierung vorgesehen: ▪ 2001: 1'000'000.- (Rechnung) ▪ 2002: 1'000'000.- (Rechnung) ▪ 2003: 4'200'000.- (Budget) ▪ 2004: 600'000.- (Budget)
Projektstatus:	▪ Pilotprojekte in den Kantonen GE, NE und ZH. Der Bundesrat hat den Bericht über den vote électronique - Chancen, Risiken und Machbarkeit elektronischer Ausübung politischer Rechte - am 09.01.2002 verabschiedet und das Parlament hat diesem am 21.6.02 zugestimmt.
„next steps“:	▪ Durchführung von eidg. Volksabstimmungen mit elektronischer Stimmabgabe in drei Kantonen ▪ Bis 2004: Durchführung und Evaluation von drei Pilotprojekten zur elektronischen Stimmabgabe bei eidg. Volksabstimmungen. Phase der Entscheidvorbereitung auf politischer Ebene. ▪ Nach 2004: Neuer Projektantrag fällig
Verantwortlich-keiten:	Projektleitung BK und Begleitung der Pilotprojekte in den Kantonen
URL:	**http://www.e-gov.admin.ch**
Kontakt:	Bundeskanzlei Daniel Brändli Hallwylstrasse 15 3003 Bern

Tel.: 031 322 06 10
Fax: 031 322 53 41

E-Mail: **daniel.braendli@bk.admin.ch**

Quellen: